

Folgenlose Nachbarschaft? Spuren der DDR-Außenpolitik in den deutsch-tschechischen Beziehungen

Konferenz des Centrums für angewandte Politikforschung (C·A·P) in
Zusammenarbeit mit der Brücke/Most-Stiftung Dresden/Prag am 24./25. Juni 2004 in
Dresden

Unbestritten ist, dass die DDR Spuren hinterlassen hat in der politischen, kulturellen, gesellschaftlichen und politisch-kulturellen Verfasstheit des vereinten Deutschlands. Während diesen Spuren bereits in zahlreichen Politikfeldern nachgegangen wurde, stellt die Frage nach über den 3. Oktober 1990 hinaus identifizierbaren Wirkungen Ost-Berliner Außenpolitik noch ein Forschungsdesiderat dar. Eine von der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur geförderte Konferenz des Centrums für angewandte Politikforschung München (C·A·P) unternahm nunmehr den Versuch, Aspekte des Themas am Beispiel der deutsch-tschechischen Beziehungen zu beleuchten.

Dass die DDR als einziges sozialistisches Land eine Teilnation dargestellt habe und aus diesem Legitimationsdefizit eine sozialistische Übertönung des Deutschlandbegriffes erfolgt sei, verdeutlichte *Beate Ihme-Tuchel* (Freie Universität Berlin). Weil außerdem das tschechoslowakische Fremdbild des neuen sozialistischen Nachbarn noch von einer Feindbildprägung gekennzeichnet gewesen sei, habe die Ost-Berliner Politik der 50er Jahre vornehmlich darauf abgezielt, sich gegenüber Prag als „unwiderruflich neues Deutschland“ zu präsentieren. Maßnahmen wie die Besetzung der diplomatischen Vertretung der DDR in der Tschechoslowakei mit ausgewiesenen Antifaschisten sowie ein „bescheidenes, beinahe devotes Verhalten“ hätten eine dezidierte Freundschaftspropaganda begleitet. Diese Politik habe zwar durchaus Erfolg gezeigt, gleichzeitig aber sei die Nachbarschaft auf keinem uneingeschränkten Vertrauensfundament geruht. Vielmehr habe Ost-Berlin bereits seit Mitte der 50er Jahre die Befürchtung gehegt, dass es zu einer Annäherung zwischen Bonn und Prag über ihren Kopf hinweg kommen könne.

Der Anspruch Ost-Berlins, in allen deutschlandpolitischen Fragen sowie in Fragen der bilateralen Beziehungen zwischen Prag und Bonn federführend die Richtung vorzugeben, sei dem Historiker *Jaroslav Kučera* (Karls-Universität Prag) zufolge in der Tschechoslowakei nicht selten als Ost-Berliner Bevormundung interpretiert worden. Zu einer eigenständigen deutschlandpolitischen Positionierung Prags führten jedoch auch diese mentalen Spannungen mit Ost-Berlin weder vor wie nach 1968. Seine These, der Prager Frühling und seine Niederschlagung 1968 könnten generell nicht als einschneidende Zäsur im bundesdeutsch-tschechoslowakischen Beziehungsgeflecht angesehen werden, wurde allerdings kontrovers diskutiert. Zumindest für die gegenseitige Wahrnehmung müssten, so der

Einwurf, die Ereignisse des Jahres 1968 durchaus als folgeträchtig charakterisiert werden. Der Widerstand der tschechoslowakischen Bevölkerung gegen die sowjetischen Panzer habe in weiten Teilen der DDR-Bevölkerung einen Solidarisierungseffekt ausgelöst. In der Bundesrepublik sei der bis dato nur pauschalisierend als feindliches Regime wahrgenommenen Tschechoslowakei dagegen ein „menschliches Antlitz“ verliehen worden.

Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs musste die anfängliche Euphorie in den deutsch-tschechischen (tschechoslowakischen) Beziehungen rasch einem durchaus ambivalenten Verhältnis weichen, wie *Vladimír Handl* (Institut für Internationale Beziehungen Prag) darlegte. Inzwischen könne die Nachbarschaft zwar durchaus positiv als gelebt und europäisiert bezeichnet werden, so stabil, dass sie kurzfristige Krisen wie im Jahr 2002 vorbeugend begegnen und verhindern könne, sei sie jedoch noch keineswegs. Als Problem der Nachbarschaftsbeziehung bewertete Handl dabei vor allem, dass ein politischer Wille, die Zusammenarbeit zu vertiefen, hüten wie drüben nicht zu erkennen sei. Auf höchster politischer Ebene des vereinten Deutschlands ist, so konnte dem Vortrag Handls entnommen werden, von der Bedeutung, welche die DDR dem tschechoslowakischen Nachbarn einstmalis zollte, kaum noch etwas zu spüren. In der Politik gegenüber ihren ostdeutschen Nachbarn setzte sich mit der Lösung der deutschen Frage vornehmlich die mehr auf Warschau denn auf Prag abzielende bundesrepublikanische Außenpolitiktradition durch.

Dass die ehemaligen sozialistischen und kommunistischen Eliten von DDR und Tschechoslowakei bisher kaum die Möglichkeit besitzen, außenpolitisch wirksame Kontinuitätslinien zu der Zeit vor 1989/90 zu ziehen, untermauerte *Helmut Fehr* (Universität Rzeszowski). Die Kommunistische Partei Böhmen und Mährens (KSČM) habe sich am linken Rand des Parteienspektrums profilieren können, sei aber bis dato mit lokaler Ausnahme noch nicht koalitionsfähig. Die PDS hingegen, welche über wenig programmatisches Eigenprofil verfüge, werde inzwischen nicht mehr vorwiegend unter historischen Stereotypen gefasst und – neben ihrer Regierungsbeteiligung auf Länderebene – sogar von der CDU immer ernsthafter als Koalitionspartner in den Kommunen in Betracht gezogen. Könnten somit für die Entwicklung der beiden Milieuparteien durchaus Analogien identifiziert werden, dürften hierfür doch keinesfalls gleiche Erklärungsansätze geltend gemacht werden. Gleichwohl konstatierten zahlreiche Diskutanten, dass die gegenwärtige Zusammenarbeit zwischen PDS und KSČM sowohl auf regionaler- als auch auf nationaler Ebene der Parteispitzen außergewöhnlich intensiv sei. So habe die PDS wesentlichen Anteil daran gehabt, dass sich die KSČM nicht eindeutig gegen einen EU-Beitritt der Tschechischen Republik positioniert habe.

Im Gegensatz zum bis dato geringen Einfluss der ehemaligen sozialistischen und kommunistischen Eliten auf die Außenpolitik des jeweiligen Staates ist das Stimmengewicht der früheren Bürgerrechtler und Dissidenten in Deutschland und der Tschechischen Republik unterschiedlich zu bewerten. *Eugenie Trützschler von*

Falkenstein (Wissenschaftlicher und Parlamentsdienst Landtag Thüringen) führte aus, dass das 1989 vor allem von Unterzeichnern der Charta 77 gegründete Občanski-Forum nunmehr kaum noch im Parlament vertreten sei. Während an der Staatsspitze stattdessen der Einfluss ehemaliger „68er“ auffällig sei, agierten in den untergeordneten bürokratischen Ebenen zumeist noch immer die Protagonisten der alten kommunistischen Zeit. In Deutschland hingegen prägte der nach der Wiedervereinigung stattgefundenen Elitenexport von West nach Ost bis heute die Situation in den ostdeutschen Bundesländern, beispielsweise in den Mitarbeiterstäben der Parlamente und Ministerien. Da es gleichwohl gegenwärtig auch in Ostdeutschland zahlreiche Opponenten des SED-Regimes in politischen Schlüsselfunktionen gebe, müsste der Diskussion zufolge im Detail untersucht werden, ob diese Personen ihre auch außenpolitischen Traditionen der DDR-Sozialisierung artikulieren.

Wie wichtig die differenzierte Betrachtung der einzelnen Akteursebenen bei der Suche nach Spuren der DDR-Außenpolitik in den deutsch-tschechischen Beziehungen ist, betonte auch *Michael Weigl* (Centrum für angewandte Politikforschung München). Ausgehend von dem Befund einer aktuellen Meinungsumfrage, wonach die Nachbarschaft zu Deutschland bei den Einwohnern der tschechisch Grenzregion zu Sachsen mehr Ängste hervorruft als bei den nahe der bayerischen Grenze lebenden Bürgern, legte er dar, dass hierfür nicht nur die größere ökonomische Attraktivität Bayerns eine Rolle spiele. Vielmehr erschienen die sächsischen Grenzregionen im Gegensatz zu ihren bayerischen Pendants wenig selbstbewusst und damit auch für Außenstehende wenig attraktiv. Hinzu trete, dass Zeitgeschichte in der Regel nicht als Anknüpfungspunkt grenzüberschreitender regionaler Verständigung taue. Übertragen auf die deutsch-tschechische Nachbarschaft bedeute diese Beobachtung, dass das Verhältnis zwischen Sachsen und Tschechen rund 50 Jahre für den grenzüberschreitenden Dialog untaugliche Zeitgeschichte belasteten, welche für das bayerisch-tschechische Verhältnis keine Rolle spielten. Dass sich im Laufe der Nachbarschaft von DDR und Tschechoslowakei auch Vorurteile verfestigten, bedeute eine Hypothek, mit der die sächsisch-tschechische Nachbarschaft trotz der von allen Konferenzteilnehmern gleichermaßen bescheinigten großen und im Vergleich zu Bayern größeren „emotionalen Nähe“ der Ostdeutschen zu Tschechien konfrontiert sei.

Den Weg, historische Streitthemen gänzlich aus bilateralen sächsisch-tschechischen Kooperationen auszuklammern, wählen die Initiativen der bilateralen Verständigung auf kommunaler Ebene, wie *Jörn Timm* (Europabeauftragter der Landeshauptstadt Dresden) in der die Konferenz abschließenden Podiumsdiskussion ausführte. Statt den Blick in die Vergangenheit zu richten, soll durch eine „Vernetzungsregion“ im Dreiländerdreieck Deutschland-Polen-Tschechien zur Stärkung kommunaler Entwicklung und regionaler Identität beigetragen werden. Dass diesem Ansatz jedoch erhebliche Probleme im Weg stehen, verdeutlichten sowohl

Václav Houžvička (Tschechische Akademie der Wissenschaften) als auch *Daniel Kraft* (Brücke/Most-Stiftung Dresden/Prag). Houžvička verwies auf die andauernde Vernichtung von Arbeitsplätzen und industriellen Standorten im nordwestböhmische Grenzraum, welche die Suche nach einer attraktiven Zukunftsvision für den Peripherieraum erheblich erschwere. Ähnlich argumentierte Kraft, der in der stetigen Abwanderung von qualifizierten Personen jüngeren Alters ein gesellschaftspolitisches Dilemma Sachsens erblickte, das sich auch negativ auf die Kontaktdichte zwischen Deutschen und Tschechen auswirke. In der von *Manuela Glaab* (Centrum für angewandte Politikforschung München) moderierten Diskussion wurde der Beitritt der Tschechischen Republik zur Europäischen Union zwar durchaus als Chance für Sachsen und seine städtischen Zentren gesehen, weniger aber für seine peripher gelegenen Grenzregionen. Ihre strukturelle Schwäche ist Folge der DDR-Wirtschaft wie der Einheit zugleich.

Michael Weigl, Centrum für angewandte Politikforschung München (C·A·P)